

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 9 (1915)  
**Heft:** 3-4

**Artikel:** Der Krieg und die Befreiung von ihm  
**Autor:** Dickinson, G.L.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-133521>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 21.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

nicht bloß darum, weil man bei einer Revision der Weltgeschichte nicht wüßte wo anfangen, noch aufhören, sondern auch darum, weil die Gewalttaten durch die darauffolgende Kulturarbeit gutgemacht worden sind. Aber das geschichtliche Recht muß ergänzt werden durch das formelle und materielle Idealrecht. Unter dem formellen Idealrecht verstehe ich das im Haag verkörperte: in morgenröthlichem Glanz erstrahlte der Schiedsgerichtspalast, aber er ist verschlossen mit eisernem Tor, und wie in ein unzugängliches ZauberSchloß verwandelt. Aber es genügt nicht nur, eine Stätte für juristische Rechtsprechung zu haben, wir müssen einer Zeit entgegenstreben, wo auch das materielle Idealrecht in Geltung tritt. Darunter verstehe ich das Recht des Menschen auf den nährenden, tragenden Grund und Boden der Erde, die ihm seine Lebensbedürfnisse befriedigt, ihm seine Freuden bereitet und seine Ruhe gewährt. Politisch ausgedrückt, wir müssen einem System entgegenstreben, das übervölkerten Nationen gestattet, in dünnbevölkerten Ländern sich anzusiedeln und neue Wohnsiße zu suchen an fernhinbrandenden Meeren.

Aber all das läßt sich nur erhoffen, wenn ein neuer Geist mit Flammenzeichen und mit Sturmessäulen ausgegossen wird: der Geist des Rechts, der Sinn der ewigen Gerechtigkeit. Denn jener Hunger nach Gerechtigkeit, von dem wir anfangs sprachen, wird nicht erst durch ein neues Rechtssystem gestillt, er wird befriedigt in gewissem Sinn schon durch die Rechtsidee, wenn sie im Herzen Wurzel faßt. Dann wird das Wort des Dichters sich bewähren: „Es wird noch sein Genügen auf dieser Erden, in vollen Zügen sie trinken werden.“ Da werden die Durstigen schöpfen aus dem Heilsbrunnen, während der Sturm des neuen Geistes das altgewordene Laub der Privilegien hinwegfegt und die Kleider der Vorurteile flattern macht. Aber heute schon gilt das Wort der Verheißung: „Selig sind, die da hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden.“

D. Umfrid.

---

## Der Krieg und die Befreiung von ihm.<sup>1)</sup>

**J**n der „Atlantic Monthly“ erschien unter der Aufschrift „The war and the way out“ ein Artikel von G. L. Dickinson vom Kings College in Cambridge (England), von dem wir die Einleitung in kurzem Auszug, die weiteren Ausführungen aber in wörtlicher Uebersetzung wiedergeben möchten.

Dem Verfasser ist es nicht darum zu tun, eine Untersuchung

---

<sup>1)</sup> Dieser Vortrag, von dem wir das abdrucken, was uns für unsere Leser das Wichtigste zu sein scheint, ist uns von befreundeter — und zwar *schweizerisch* — Seite zugestellt worden, mit dem dringenden Wunsche, daß wir ihn dem deutschlesenden Publikum zugänglich machen sollten. Der Verfasser ist ein bekannter

darüber anzustellen, welche Nation diesen Krieg verschuldet habe. Er ist davon überzeugt, daß kein Volk ihn gewollt hat, sondern daß nur die Regierungen ihn herbeigeführt haben. Er glaubt auch, daß nach diesem furchtbaren Zusammenbrüche die einzige Rettung für Europa in einem gründlichen Umschwung der öffentlichen Meinung liege und dieser Umgestaltung der öffentlichen Meinung dienen die Untersuchungen des Verfassers.

Nach ihm ist die Ursache dieses Krieges, wie alle Kriege der letzten Jahrhunderte, dem zuzuschreiben, was er die „Regierungstheorie“ nennt. Die Regierenden — Kaiser, Könige, Minister — haben sich die Theorie vom Staate zurechtgelegt, der ein Gebilde für sich ist, dessen Streben auf Ausdehnung gehen und der in den andern Staaten von vornherein den Gegner sehen muß. Der einzelne Mensch sieht in dem Angehörigen des fremden Staates durchaus nicht ohne weiteres den Gegner; aber die Regierung wird jeden andern Staat, sofern sie nicht gerade durch eine vorübergehende Bündnispolitik mit ihm vereinigt ist, als einen Nebenbuhler betrachten, dessen Macht so viel als möglich darniedergehalten werden muß. Das Volk selbst wird in vollkommener Unwissenheit über die Beziehungen der Staaten zu einander gehalten. Es erfährt die Abkommenisse und die schwerwiegendsten Entscheidungen erst nachdem sie schon unabänderliche Tatsache geworden sind. Dieser vollkommene Mangel an Einblick in die Verhältnisse ist dann wieder der Grund, warum es sich nach geschehener Tat so leicht von dem Recht seines eigenen Staates und dem Unrecht der andern Staaten überzeugen läßt. Dazu kommt, daß die Geschichtsschreibung nicht dazu angetan ist, die Völker zu vorurteilslosem Denken zu erziehen und daß die Presse, die zum Teil gerade das Organ der Regierung, und zum Teil auf die breiten Massen angewiesen ist, einerseits die Stellung der Regierung einnehmen und anderseits das vertreten wird, was den breiten Massen gefällt. Auch ist tatsächlich, wenn der Krieg einmal ausgebrochen ist, jedes Volk im Verteidigungszustand und muß im Angehörigen des gegnerischen Staates den Feind sehen.

---

englischer Gelehrter und Schriftsteller, der besonders in Fragen der Kolonialpolitik wohl bewandert ist und durch sein Buch: „Die Briefe eines chinesischen Beamten“ großes Aufsehen erregt hat. Diese Umstände geben seinen Ausführungen ihre besondere Bedeutung. Auch ist es uns willkommen, wenn wir in Bezug auf die Fragen der politischen Neuordnung der Welt Politikern und Praktikern das Wort geben dürfen. Allerdings ist damit nicht gesagt, daß wir mit seinen Gedanken überall übereinstimmen. Wir halten namentlich seine These von der „Regierungssdenkweise“ als der Hauptursache des Krieges für viel zu einseitig. Auch darf man sich selbstverständlich nicht an jenen Stellen stoßen, wo der besondere englische Standpunkt des Verfassers hervortritt. Man wird die, trotz diesen Stellen, große Unabhängigkeit seines Urteils nicht erkennen können. Wir übergeben also das Ganze den Lesern als wertvollen Stoff zum Nachdenken. Ganz besonders wichtig und bedeutsam erscheint uns seine Behandlung des Kolonialproblems, der wir im Wesentlichen zustimmen, ohne sie freilich für erschöpfend zu halten.

Um Nachdruck wird gebeten!

Die Red.

Hervorgerufen aber werden die Kriege nicht durch die Völker, die keinen Grund zu Angriffskriegen haben und somit auch nicht Anlaß zu Verteidigungskriegen gäben. So mag wohl die russische Regierung eine Bedrohung Deutschlands gewesen sein, der russische Bauer verlangte nichts, als im Frieden sein Land zu bearbeiten und der russische Intellektuelle war nichts weniger als kriegerisch oder regierungsfreundlich gesinnt. Aehnlich ist das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland, wo auch nur die Regierungen Wiedereroberungs- oder Ausdehnungsgelüste hatten, während in beiden Völkern der Friedensgedanke große Fortschritte machte.

Ich gehe, fährt der Verfasser dann fort, in letzter Linie noch auf die Beziehungen zwischen Deutschland und England ein. Es ist dieselbe Geschichte: „Deutschland ist groß; das britische Reich ist groß; es ist nicht genug Raum da für die beiden und darum muß das eine das andere zerschmettern. Das steht fest; es handelt sich nur noch darum, den passenden Augenblick zu wählen.“ Dies war seit vielen Jahren die Haltung der britischen und der deutschen Imperialisten. Ich mache keinen Versuch, die müßige und aussichtslose Aufgabe auf mich zu nehmen, die Schuld der beiden gegen einander abzuwägen. Das mag, wenn es überhaupt geschehen kann, besser von einem unternommen werden, der keiner der beiden Nationen angehört. Ich will nur wiederholen, daß kein Engländer und kein Deutscher irgend ein materielles oder ideelles Interesse an der Zerstörung des Reiches des andern hat.

Lassen Sie mich das erläutern! Und wenn ich dazu als Beispiel lieber die ehrgeizigen Bestrebungen der deutschen als die der englischen Regierung nehme, so geschieht das nicht, weil ich die letztere für unschuldig hielte. Ich halte das, worüber sich die Deutschen beklagen, für wahr, daß nämlich unter dem Einfluß von Eifersucht und Furcht die Engländer sich überall den deutschen Unternehmungen entgegengestellt haben. Aber da der Ehrgeiz der Briten durch den Erwerb von mehr Land, als sie gut meistern können, befriedigt war, haben sie, indem sie dies taten, bloß eine Verteidigungsstellung eingenommen. Aus deutschem, nicht aus britischem Ehrgeiz ist jetzt der Zwist hervorgegangen; der deutsche Ehrgeiz hat aber, wohlverstanden, nur das getan, was der britische Ehrgeiz früher tat. Der deutschen Regierung schreiben wir also die Absicht zu, auf unsere Kosten ein Kolonialreich gründen zu wollen. Warum? Lassen Sie uns die Sache prüfen! Was für Interessen deutscher Männer und Frauen soll durch diese Politik gefördert werden?

### Die Auswanderung schadet nichts.

Die Vertreter der Kolonialpolitik in Deutschland sagen uns, daß Deutsche, die auswandern, in nichtdeutschen Ländern sich niederlassen und dem deutschen Staate „verloren gehen“. Es sei so — aber was hat das zu bedeuten? Was macht das den Deutschen aus, die fortgehen und

sich in dem neuen Lande ihrer Wahl so wohl fühlen, daß die zweite Generation Deutscher in Amerika amerikanischer ist, als die Amerikaner und die zweite Generation Deutscher in England englischer als die Engländer? Und was macht das den Deutschen aus, die daheim bleiben? Sind sie deshalb weniger glücklich, weniger wohlhabend, weniger gebildet, weniger gut, weniger deutsch? Die Frage stellen, heißt, sie beantworten. Oder will man behaupten, daß die Deutschen in Deutschland ärmer seien, weil andere Deutsche nach Amerika gehen, statt nach deutschen Kolonien?

Ich kann hier die wirtschaftliche Seite der Frage nicht berühren, die in den letzten Jahren durch Norman Angell<sup>1)</sup> so gut behandelt worden ist. Wenn er und seine Anhänger den Leser nicht überzeugen können, daß vom wirtschaftlichen Standpunkt aus das Wohlergehen einer Nation dasjenige der andern einschließt und erhöht, und daß wirtschaftliche Macht unabhängig ist von politischer Macht, dann kann auch ich nicht hoffen, ihn zu überzeugen. Aber ich will einen andern Gesichtspunkt geltend machen. Die deutschen Imperialisten haben es offenbar für der Mühe wert gehalten, Krieg mit uns zu führen, um Kolonien zu erwerben. Haben sie je die Kriegskosten gegen die voraussichtlichen Handelsvorteile abgewogen? Haben sie je versucht, die ökonomische Bilanz zu ziehen? Haben die Regierenden irgendwo so etwas versucht? Und ist die geringste Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß, wenn die Bilanz gezogen würde, sie zu Gunsten des Krieges ausfiel?

Das ist jedoch der am wenigsten in Betracht fallende Umstand. Was wirtschaftlich im Kriege gewonnen oder verloren werden kann — ich glaube, alle sachverständigen Beurteiler sind darin einig, daß der Verlust größer sei als der Gewinn — ist nur eine und zwar die unwichtigste Erwägung. In den Krieg ziehen, um Reichtümer zu erwerben, sogar wenn man sie erwerben könnte, ist dasselbe wie einen Menschen ermorden, um seine Taschen zu leeren. Der Regierungsdenkweise mit ihrem Zynismus, ihrer Blindheit, ihrem Mangel an Berührung mit den Wirklichkeiten des Lebens mag solch ein Vorgehen richtig und normal erscheinen. Aber gehen Sie zum einfachen Mann und zur einfachen Frau und stellen Sie ihnen in Friedenszeiten die Frage: „Hielten ihr es für recht, Zehntausende von Leben zu opfern und der Welt eine Erbschaft des Hasses zu hinterlassen, damit ihr und eure Nachkommen Reichtümer erwerben könnet?“ Was für eine Antwort würden Sie erhalten? Gehen Sie in Kriegszeiten zu ihnen und sagen Sie der Mutter, die um ihren Sohn, der Frau, die um ihren Mann weint: „Wir verlangen dieses Opfer von dir, damit die Engländer oder die Deutschen mehr Geld zu verbrauchen haben“ — was für eine Antwort werden Sie erhalten? Und doch ist es dies und nur dies, was die sagen können, die den

<sup>1)</sup> Gemeint ist das wichtige Buch von Norman Angell: The great illusion, das unter dem Titel: „Die falsche Rechnung“ deutsch erschienen und in jeder Buchhandlung zu haben ist.

Krieg um des Handels willen führen. Und dieselben Leute klagen die Friedensfreunde des schmutzigen Materialismus an! Leser, willst Du lachen oder weinen?

### Veredeln Kolonien die Völker?

Es gibt aber noch einen denkbaren Grund für die Aneignung von Kolonien. Der Besitz überseeischer Gebiete, die von Völkern niederer Kulturstufen bewohnt werden, gibt, mag man behaupten, einem Volke einen weiteren Gesichtskreis, eine edlere Aufgabe, als es das beschränktere Tätigkeitsgebiet zu Hause vermag. Und eine starke, wachsende Nation sollte dieses Ventils für ihre Kräfte nicht beraubt werden. — Dass ein Stück Wahrheit in dieser Auffassung der Kolonialpolitik enthalten ist, möchte ich keineswegs leugnen. Der Besitz ihrer indischen Untertanenländer hat die britische und holländische Nation vor viele schwierige Aufgaben gestellt, die sie nach vielen unrühmlichen Misserfolgen zum Teil gelöst haben. Einige treffliche Männer beider Länder haben in diesem Werke Gelegenheit zur Entfaltung ihrer Talente gefunden. Aber ich als Engländer habe nie beobachten können, dass das englische Nationalbewusstsein, dass die durchschnittliche Geistesverfassung des gewöhnlichen Bürgers und sogar des gewöhnlichen Politikers so oder so von unserer Herrschaft über Indien beeinflusst sei. Die Nation lebt — und hat immer gelebt! — in vollkommener Unwissenheit und Gleichgültigkeit in Bezug auf die Probleme der Beherrschung Indiens. Es kommt selten vor, dass sie im Parlament auch nur die oberflächlichsten Debatte hervorrufen. Der großen Masse des Volkes sind sie durchaus unbekannt und durchaus uninteressant. Und wenn wir morgen Indien verlieren würden, so würde, glaube ich, nach dem ersten Schrecken, keine merkliche Veränderung in unserem Nationalbewusstsein zu beobachten sein.

Angenommen jedoch, der Besitz fremder Länder hätte wirklich mehr Einfluss als ich glaube auf das, was man das geistige Leben der Nation zu nennen pflegt, und angenommen, dieser Einfluss wäre nur vom Guten was eine ungeheuerliche Annahme ist — könnte man dann behaupten, dass es für einen Staat deshalb zu rechtfertigen sei, mit einem andern Staate Krieg anzufangen, um ihn dieser Vorzüge zu berauben und sich dieselben selbst anzueignen? Die Regierungsdenkweise wird diese Frage mit ja beantworten. Aber fragen Sie den einzelnen Deutschen, Mann oder Frau, sie, die das Leben des Landes erhalten, die seine Reichtümer schaffen und seine Kultur tragen, fragen Sie einen um den andern in ihrer ruhigen, geistig normalen Verfassung, was sie von dem Gedanken halten, über Europa den Krieg zu bringen, um britisches Gebiet zu erobern — was werden diese, das wirkliche Volk, das die Last des Krieges zu tragen hat, antworten? Der Gedanke ist vor dem gesunden Menschenverstand, vor jedem einfachen menschlichen Empfinden unhaltbar. Nur im Kopfe einer Regierung könnte er sich als selbstverständlich darstellen.

Aber man wird mir einwenden, und zwar hauptsächlich von deutscher Seite — denn es gibt einige Abgeschmacktheiten, in die die Engländer nicht verfallen — daß die Kultur einer Nation von ihrer politischen Macht abhänge. „Je größer das Reich, desto besser seine Wissenschaft, seine Literatur, seine Kunst und“, wie man wohl hinzufügen wird, „desto reiner seine Religion.“ Das ist im Grunde die Behauptung General Bernhardis in seinem bekannten Buche.<sup>1)</sup> Es ist jedoch eine einfache Tatsache, daß in der Religion, Literatur, Kunst, Philosophie, in allem, ausgenommen in der Wissenschaft, was immer dem deutschen Namen zur Ehre gereicht, hervorgebracht wurde, bevor ein geeinigtes Deutschland bestand und daß seit 1870 das Ansehen, der Einfluß und der Wert der deutschen Kultur abgenommen haben.

Welche deutschen Namen stehen so hoch wie der Luthers, Kants, Goethes, Bachs, Mozarts, Beethovens? Und war Deutschland ein Reich, als diese Männer lebten und arbeiteten? General Bernhardi führt in seinem Buche immer wieder, als ob er damit einen Geistungsgegenstand zitierte, die Werke Goethes an, die auch ich zu den größten Gütern der Menschheit zähle. Aber was war Goethe? Ein Dichter, der sein ganzes langes Leben an einem kleinen deutschen Hofe verbrachte, in einem Deutschland, das in sich zerfallen war, ein Dichter, der der Politik gegenüber so auffallend gleichgültig war, daß deutsche Patrioten von damals an bis auf heute vergeblich Entschuldigungsgründe für seine Haltung in dem Befreiungskrieg gesucht haben, ein Mann, der ein so guter Europäer war, daß er kein guter Deutscher sein konnte, und der keinen Hehl aus seiner Bewunderung für Napoleon machte zu einer Zeit, wo ganz Deutschland von ihm darnieder gehalten wurde. Das ist des Generals Kronzeuge für die Behauptung, daß eine große Literatur sich auf große politische Macht gründen müsse. Nach dieser Ansicht müßten die Literatur, die Philosophie, die Kunst Roms größer gewesen sein, als die der Griechen. Der Staatsgedanke muß schon recht in der Klemme sein, wenn er zu solchen Schlußfolgerungen seine Zuflucht nehmen muß.

Und wenn man die Wissenschaft in Betracht zieht, ist die Beweisführung noch unhaltbarer. Keine Nation hat der Wissenschaft größere Dienste erwiesen, als die deutsche. Und die Welt der Wissenschaft, die kosmopolitisch und nicht national ist, anerkennt dies gern und freudig. Aber wird irgend jemand, der irgend etwas von den Bedingungen wissenschaftlicher Arbeit versteht, annehmen, daß dieses Werk von den Deutschen nicht getan worden wäre, wenn kein deutsches Reich bestanden hätte? Die Annahme aufstellen, heißt, sie ablehnen. Ein Mann der Wissenschaft mag ein Patriot sein, aber sein Patriotismus hat mit seiner Wissenschaft nichts zu tun. Er lernt dort, wo er am besten lernen kann und arbeitet, wo er am besten arbeiten kann, und

<sup>1)</sup> „Deutschland und der nächste Krieg.“

das Ergebnis seiner Arbeit ist ein Schatz nicht nur für sein Land, sondern für die Menschheit.

Nichts, das in dem deutschen Begriff Kultur enthalten ist, kann durch den Erwerb politischer Herrschaftsgebiete gefördert oder verhindert werden. Diese Einflüsse verbreiten sich durch Nachahmung und Verührung, ohne daß man das Land, aus dem sie hervorgegangen sind, oder seine Stellung im Staatenystem in Betracht ziege. Was für ein deutscher Dramatiker besäße oder verdiente eine Berühmtheit wie diejenige Ibsens, der Bürger des politisch unbedeutenden Norwegen war? Was für ein deutscher Kritiker nimmt die Stellung des Dänen Brandes ein? Was für ein deutscher Heiliger des letzten Jahrhunderts stünde auf der Stufe Rabindranath Tagores, dessen Land fremder Herrschaft unterworfen ist? Ja, wenn die Religion als Prüfstein gölte, könnte man sich fragen, ob zwischen ihr und dem Imperium nicht ihrer Natur nach ein Gegensatz bestehe. Zwischen Christentum und Imperium ist das unstreitig der Fall. General Bernhardi beansprucht, ein Christ zu sein. Ich will darüber nicht mit ihm streiten. Aber wenn es einmal zu jener letzten Abrechnung kommt, an die er als Christ glauben muß, und wenn er mit den andern, die diesen Krieg herbeigeführt haben, vor dem Richterstuhl Christi steht, dann möchte ich den Blick sehen, den jener auf sie richtet, der am Kreuze gestorben ist, um der Menschheit den Frieden zu bringen.

Ich bin bei diesem Argument der Kultur länger verweilt, als seine Stichhaltigkeit es rechtfertigt; ich tat dies, weil es die Art der Beweisführung ist, die am meisten Eindruck bei den Edelgesinnten macht, die sich sonst gegen die krasse Brutalität der Regierungsgrundsätze empören würden. Aber es ist alles von Bedeutung für mein Hauptargument.

Kultur in dem weiten Sinne verstanden, in dem die Deutschen das Wort brauchen, in dem Sinne von intellektuellem, ästhetischem und geistigem Leben, ist nicht nur ein Interesse rechter Männer und Frauen, es ist ihr Hauptinteresse. Alles andere ist nur da, um ihm zu dienen. Aber diese Kultur hat nichts zu tun mit dem Staat, so wie er sich in der Denkweise der Regierung abspiegelt. Keine Vergrößerung des Staates kann ihr helfen, keine Verkleinerung kann sie hemmen. Die Regierung kann sie pflegen oder nicht, aber ein Zuwachs an politischer Macht, ob mit oder ohne Krieg erreicht, kann sie nicht beeinflussen. Auch hier, auf diesem höchsten Gebiet, stehen die Interessen des Staates und die wirklichen Interessen von Mann und Frau in keiner Beziehung zu einander. Und ein Krieg, der zur Verteidigung der Kultur geführt wird, ist sogar noch sinnloser, als ein Krieg zur Erreichung von Reichtümern.

Aber es bleibt noch ein Punkt, über den der Leser von mir Aufklärung erwartet. Die Ausdehnung eines Staates, mag man anführen, bedeutet, auch wenn sie nicht eine Ausbreitung der Kultur mit sich bringt, eine Ausdehnung seines politischen Systems. Und wenn

einer das politische System seines Staates für besser hält, als das politische System anderer Staaten, hat er ein Recht, die Ausdehnung seines Staates, sogar durch den Krieg, zu wollen. Unter diesem Gesichtspunkte wird gelegentlich das Bestehen und die Ausdehnung des britischen Reiches gerechtfertigt, und man darf voraussehen, daß es Deutsche gibt, die die Ausdehnung ihres Reiches mit den gleichen Gründen rechtfertigen werden.

Diese Auffassung ist weniger kräftig selbstsüchtig, als die meisten andern Auffassungen, die die Eroberung verteidigen sollen. Aber in dem Falle, den wir eben jetzt im Auge haben, wo es sich um die koloniale Nebenbuhlerschaft zwischen Deutschland und England handelt, kommt sie nicht in Betracht. Denn kein geistig gesunder und gebildeter Deutscher kann im Ernst annehmen, die deutschen Verwaltungsmethoden seien so viel besser als die britischen, daß es für Hunderte von Millionen von Britisch-Indiern oder Eingeborenen Afrikas gut wäre, durch Gewalt und blutigen Krieg aus der britischen Herrschaft in die deutsche überzugehen. Und wenn — was ich nicht einen Augenblick glaube — irgend ein Deutscher gemeint hat, daß irgend ein britisches Herrschaftsgebiet sich nach deutscher Befreiung von britischer Herrschaft sehne, dann müssen ihn die letzten Wochen eines bessern belehrt haben. Was Indien begehrte, ist mehr Selbstregierung, nicht ein neuer Herr. Was die großen Protektorate und Kolonien in Südafrika nötig haben, ist eine verständnisvolle und tüchtige Verwaltung im Interesse der Eingeborenen. Und das — um es bescheiden auszudrücken — können sie mit mindestens so viel Wahrscheinlichkeit von den Engländern mit ihrer langen kolonialen Erfahrung wie von den unerprobten deutschen Methoden erwarten. Was die Gebiete mit Selbstverwaltung betrifft, so kommen sie hier nicht in Frage. Sie haben Selbstregierung und wollen sie behalten. Und ich sehe nicht voraus, daß der eifrigste Verfechter deutscher Ausdehnungspolitik je gemeint habe, Deutschland könnte sie germanisieren. Es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß bei dem jetzigen Stand der Weltgeschichte irgend ein Land, das sich unter britischer Aufsicht befindet, Gewinn davon hätte, unter deutsche Aufsicht zu kommen.

Was jedes Volk nötig hat, ist Selbstregierung, in dem Maße, als es deren fähig ist. Und dieser Auffassung würde durch die jetzige deutsche Regierung und ihre jetzigen Methoden kaum gedient.

Wir mögen daher die Sache ansehen von welcher Seite wir wollen, wir finden keine Rechtfertigung für die Politik der deutschen Regierung, sich auf Kosten des britischen Reiches Kolonialherrschaft zu erwerben. Dies kann festgestellt werden ohne irgend welche Anmaßung in bezug auf dieses Reich, ohne es zu idealisieren, ohne die Methoden zu rechtfertigen, nach denen es geschaffen wurde. Das wäre eine Frage für sich, auf die ich heute nicht eingehen. Mir liegt heute nur daran, meine, wie mich dünkt, unanfechtbare Behauptung eindringlich zu vertreten, daß das deutsche Volk kein Interesse an der

Politik seiner Regierung hat, auf Kosten Englands durch Krieg ein Kolonialreich zu schaffen.

Aber ebensowenig glaube ich, daß das englische Volk ein Interesse daran hat, die Ausdehnung Deutschlands zu verhindern, wo dies ohne Krieg geschehen kann und wo sie geeignet ist, die allgemeinen Interessen der Zivilisation zu fördern. Ich möchte nicht behaupten, daß das britische Auswärtige Amt in dieser Hinsicht als tadellos hingestellt werden dürfte. Aber jedes derartige Verhalten beruht auf dem Überglauben, den ich eben bekämpfe — dem Überglauben, daß der Staat, einem unerbittlichen Gesetze folgend, sich auf Kosten anderer Staaten durch Kriege ausdehnen müsse.

\* \* \*

Ich habe nun so sorgfältig als dies in den Grenzen eines einzigen Artikels möglich ist, die hauptsächlichsten Gründe erwogen, die nach der Regierungstheorie den gegenwärtigen Krieg möglich gemacht haben und ihn rechtfertigen. Es tut nichts zur Sache, wenn man mir einwendet, die Engländer führten einen Verteidigungskrieg; denn jede Nation sagt dasselbe und mit derselben Überzeugung. Jemandwo gibt jedermann einen Angriff zu; aber jeder verlegt ihn auf einen andern Punkt. Wo immer jedoch der Angriff erfolgt sei, so ist er der Regierungstheorie zur Last zu legen, von der die Herrscher und Staatsmänner besessen sind und die sie durch Suggestion, Überredung oder sonst irgendwie dem gewöhnlichen Mann beibringen können.

Ich bitte den Leser, das, was ich ihm auseinandergesetzt habe, sehr ernstlich zu überlegen und es sich vor Augen zu halten und anzuwenden, wenn er wieder der Beweisführung begegnet, die ich mich bemüht habe zu widerlegen; denn bevor er selbst davon überzeugt ist, daß die Ursachen zu Kriegen nicht in der Natur der Dinge liegen und nicht da sein müssen, wird er Vorschläge zu kräftigen Heilmitteln nicht ernst nehmen. Und nur im Gedanken an solche Heilmittel habe ich diese Zeilen geschrieben. Ich fordere den Leser nicht bloß auf, die Vergangenheit zu verurteilen — lasse die Toten ihre Toten begraben! — sondern auch die Zukunft zu gestalten. Und glauben Sie mir, sie kann nicht zum Guten gestaltet werden, wenn nicht die einfachen Männer und Frauen, Handarbeiter und Kopfarbeiter in England und in Deutschland und in allen Ländern sich zusammentreten und zu jenen, die sie in diese Katastrophe hineingeführt haben und immer wieder in ähnliche Katastrophen hineinreißen werden, sagen: „Hört auf! Hört auf! Und nie wieder! Ihr Herrscher, ihr Krieger, ihr Diplomaten, ihr, die ihr durch den langen Schmerzensweg der Geschichte hindurch die Geschicke der Menschheit geleitet habt, und sie zur Hölle geleitet habt, wir wollen nichts mehr von euch wissen. Unsere Arbeit und unsere Nachkommen sind euch zur Verfügung gestanden. Das soll nicht mehr so sein. Ihr sollt den Frieden nicht machen, wie ihr den Krieg gemacht habt. Das Europa, das

aus diesem Kriege hervorgeht, soll unser Europa sein. Und es soll eines sein, in dem ein künftiger europäischer Krieg unmöglich ist."

Wenden wir uns darum von der Vergangenheit zur Zukunft und fragen wir uns zuerst, was die Regierungsdenkweise, wenn sie sich selbst überlassen bliebe, aller Wahrscheinlichkeit nach, nachdem der Krieg zu Ende ist, aus Europa machen würde, und dann, was wir unsererseits daraus machen möchten und wollen.

Was die Diplomaten daraus machen werden, ist in großen Buchstaben auf jeder Seite der Geschichte geschrieben. Immer und immer wieder haben sie Europa „eingeteilt“ und immer so, daß die Wurzeln zu einem neuen Kriege zurückblieben; denn sie haben es immer wieder vom Gesichtspunkt der Staaten, statt vom Gesichtspunkt des menschlichen Lebens aus eingeteilt. Wie eine „Macht“ vergrößert werden könne und eine andere beschnitten, wie die Beute unter die Sieger verteilt werden solle, wie das Gleichgewicht erhalten werden möge — solche Betrachtungen und nur solche haben ihren Kopf beschäftigt. Den Wünschen der Völker, den Interessen der Völker, dem Nationalgefühl, das etwas so Wirkliches ist, wie der Staat etwas Unwirkliches, all dem sind sie gleichgültig gegenübergestanden.

Nehmen wir als Beispiel die Abmachungen, die die Diplomaten vor hundert Jahren nach den Napoleonischen Kriegen trafen. Was taten sie? Sie zwangen Frankreich die Dynastie wieder auf, deren Werke und Gedanken die französische Revolution hatte zerstören sollen und verwickelten es damit auf ein Jahrhundert hinaus in innere Kämpfe. Sie brachten Italien wieder unter die Gewalt Österreichs und verursachten damit den Krieg von 1859. Sie legten Spanien wieder die unrühmliche Herrschaft der Bourbons und der Priester auf und eröffneten dort auch den Ausblick auf lange Bürgerkriege. Sie verbanden Belgien mit Holland, ungeachtet der Verschiedenheit der Rassen, und Schweden mit Norwegen, allen geschichtlichen Erwägungen zum Trotz. Überall ließen sie unverbundene Wunden, unnatürliche Verbindungen, reaktionäre Mächte im Besitz der Gewalt und zerrissene, zerbrochene, geknechtete Völker zurück. Und die Folge war, daß ihr Kartenspiel, kaum aufgebaut, schon wieder anfing zusammenzubrechen, und die Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts eine ununterbrochene Kette von Bürgerkriegen und Kriegen nach Außen ist. Was solche Männer früher getan haben, werden sie sicher wieder tun. Sie arbeiten immer noch mit den gleichen Begriffen. Sie sind immer noch aller Phantasie, aller Menschlichkeit, alles Sinnes für die Wirklichkeiten des Lebens bar.

Den Ausgang dieses Krieges kann jetzt, wo ich dies schreibe, noch niemand voraussehen. Aber was man mit Sicherheit voraussehen kann, ist, daß wenn der Friede von den gleichen Männern gemacht werden soll, die den Krieg gemacht haben, er so gemacht wird, daß es nach einem Vierteljahrhundert wieder einen Krieg im gleichen Riesenmaßstab geben wird.

Lassen Sie uns annehmen, daß die Deutschen gewinnen. Wir wissen ja, was für einen Frieden sie auferlegen werden, denn sie haben sich keine Mühe gegeben, ihre Absichten zu verbergen. „Frankreich muß so geschlagen werden, daß es uns nie wieder in den Weg tritt.“ So verkündet General Bernhardi, wie man wohl annehmen darf, die Politik der Militärfäste, die in Deutschland die Herrschaft besitzt. Dasselbe gilt natürlich von England. Es soll seiner Kolonialreiche beraubt werden, seiner Herrschaft zur See, alles dessen, was der deutsche Staat am britischen Staat gehaßt und warum er ihn beneidet hat. Italien und die Balkanstaaten werden zu Gunsten Österreichs geplündert und Russland wird von seinen Ausdehnungsgelüsten im Westen zurückgehalten. Zugleich wird jede demokratische Bewegung in jedem Lande zurückgehalten und vernichtet. Der Grundsatz einer rohen militärischen Gewaltherrschaft wird als der Grundsatz europäischer Herrschaft aufgerichtet. Die Länder, die noch nicht militaristisch sind, werden es werden. Und eine neue Periode bewaffneten Friedens wird einsetzen, in der jedes wahre Interesse der Zivilisation das ganze Leben der Männer und Frauen, den verzweifelten Anstrengungen der unterlegenen Nationen, ihre Stellung wiederzuerobern und der siegreichen, die ihre zu erhalten, geopfert wird.

Wenn aber die Verbündeten siegen, sind die Aussichten um nichts besser, solange die Diplomaten den Ausschlag geben. Die Verbündeten werden in diesem Falle versuchen, die germanischen Mächte endgültig niederzuringen, so wie die letztern entschlossen sind, die Verbündeten zu vernichten. Die Engländer und die Franzosen werden sich in die deutschen Kolonien teilen. Russland wird den Balkan beherrschen und sich wahrscheinlich Konstantinopel und ein gutes Stück deutschen Gebietes aneignen. Und Frankreich und England werden sich dem, was sie als die „slavische Gefahr“ betrachten, gegenüber sehen, was zur Folge haben wird, daß sie in einem Vierteljahrhundert oder früher sich mit ihren jetzigen Feinden vereinigen werden, um sich dem Vordringen ihres jetzigen Verbündeten entgegenzustellen.

Im einen und im andern Falle wird die Lage Europas die alte schlechte Lage sein: das Anhäufen von Waffen auf Kosten der fortschreitenden Verarmung und Herabwürdigung des Volkes; die Vernichtung aller Hoffnung auf gründliche soziale Verbesserungen und das Aufgeben aller derartiger Bestrebungen, und, wenn die Zeit dazu kommt — und in diesem Falle wird sie unfehlbar kommen — der neue Krieg, das neue Morden, die neue Verarmung, die unaufhörliche und unerträgliche Qual einer Zivilisation, die immer wieder dem Lichte zustrebt und immer wieder durch ihre eigene Dummheit und Bosheit in die Hölle zurückgeschleudert wird, in der sie sich jetzt windet.

Herr, wie lange, wie lange!

Bis zu der Zeit, wo wir, das einfache Volk jeder Nation, sagen: „Wir wollen das nicht länger ertragen!“ Laßt diese Zeit jetzt gekommen sein! Wenn dieser Krieg vorüber ist, könnte Europa zur

Ruhe kommen, sofort, wenn die Völker es wollten und ihren Willen so zum Ausdruck brächten, daß es keinen europäischen Krieg mehr gäbe. Um das zu erreichen, müssen wir nur unsere Anschauungen ändern, oder besser gesagt, unsere eigenen wirklichen Anschauungen, unsere eigenen wirklichen Absichten uns klar machen und sie denjenigen aufzwingen, die für uns handeln sollen.

\* \* \*

Wir wünschen und wollen einen dauerhaften europäischen Frieden. Wie sollen wir den herbeiführen? Indem wir gewisse klare Grundsätze im Auge behalten und ihnen Gestalt geben.

Vor allem muß der Gedanke an die Vergrößerung einer Nation und Demütigung einer andern Nation abgetan werden. Unser Ziel darf nicht sein, daß diese oder jene Gruppe von Staaten die andern beherrschen solle, sondern, daß keiner in Zukunft irgend einen Wunsch oder eine Ursache habe, zu herrschen. Zu diesem Zwecke müssen wir so wenig Wunden als möglich zurücklassen, so wenig Gefühl von erfahrenem Unrecht als möglich, so wenig Demütigung als möglich. Die unterliegenden Staaten dürfen darum nicht in der Hoffnung, sie zu schwächen oder sie darniederzuhalten, zerstückelt werden. Das bedeutet, um ein Beispiel zu nennen, daß, wenn die Verbündeten gewinnen, die Engländer und die Franzosen nicht die deutschen Kolonien nehmen dürfen oder Russland die baltische Küste, den Balkan oder Konstantinopel, und wenn Deutschland gewinnt, es Frankreich oder England oder die neutralen Staaten nicht zerstückeln oder seinem System unterordnen darf. Das ist die erste, klare Bedingung des künftigen europäischen Friedens.

Zweitens muß bei der Neuordnung der Landesgrenzen — daß sie neu geordnet werden müssen, ist klar — ein Punkt und nur einer im Auge behalten werden: Allen Völkern, die unter fremder Herrschaft leiden und sich dagegen auflehnen, ist das Recht einzuräumen, zu entscheiden, ob sie ein selbständiges Gebilde werden oder sich dem politischen System einer andern Nation anschließen wollen. So sollte z. B. das Volk in Elsaß-Lothringen entscheiden dürfen, ob es unter Deutschland verbleiben oder ein selbständiges Gemeinwesen bilden oder sich Frankreich angliedern wolle. Derselbe Grundsatz sollte für Polen gelten. Derselbe für Schleswig-Holstein. Derselbe für die Balkanstaaten. Derselbe für die slavischen Landesteile in Österreich-Ungarn. Es würden natürlich Schwierigkeiten bei der Durchführung dieses Grundsatzes entstehen; denn in den Balkanstaaten, in Böhmen und anderwärts ist ein fast unentwirrbarer Knäuel von Nationalitäten. Aber mit gutem Willen könnten diese Schwierigkeiten wenigstens teilweise gelöst werden.

Sogar die Uebersiedlung ganzer Völker der gleichen Nationalität von einem Gebiet zum andern ist eine Möglichkeit, und geht tatsächlich schon jetzt vor sich. Auf jeden Fall ist der Grundsatz an und für sich

klar: Politische Herrschaft über die Völker darf nicht mehr gegen ihren Willen in dem vermeintlichen Interesse dieses großen Götzen, des abstrakten Staates, ausgeübt werden. Die Deutschen, die zusammengehören, mögen unter derselben Regierung leben und in Unabhängigkeit ihrem nationalen Ideal und ihrer nationalen Kultur leben. Aber sie sollen dies Ideal und diese Kultur nicht widerstrebenden Polen, Slaven und Dänen auferlegen. So mag auch Russland sein eigenes Leben ausbreiten über die riesengroßen Landstrecken hin, wo Russen wohnen, aber es soll dies Leben nicht wider ihren Willen Polen und Finnländern aufdrängen. Die Engländer haben sich in der Geschichte der Aufopferung von Nationalitäten zu Gunsten der vermeintlichen Staatsinteressen so gut schuldig gemacht wie die andern Nationen. Aber in jüngster Zeit haben sie angefangen, ihre Lektion zu lernen. Mögen sie sie zu Ende lernen! Kein Staatswesen soll unter britische Herrschaft gezwungen werden, das Selbstregierung verlangt. Die Engländer haben den Mut gehabt, zwar erst spät, diesen Grundsatz auf Südafrika und Irland anzuwenden. Noch bleibt die Tat des größten Mutes und der größten Weisheit übrig: ihn auf Indien anzuwenden.

Ein in dieser Weise neugeordnetes Europa, wie es beim Friedensschluß auf der Grundlage wirklicher Nationalität statt auf der Grundlage der Staaten geschaffen werden könnte, wäre auch ein Europa, das reif wäre für einen dauernden Bund. Und nur durch einen solchen Bund könnte nach meinem Urteil sein künftiger Friede, seine Wohlfahrt, sein Glück, sein Wert und seine Größe gesichert werden. Es muß ein Ende gemacht werden mit dem Verschleudern von Geldern für Rüstungen, während die Mittel fehlen, um den Männern und Frauen in allen Ländern die materiellen Grundlagen zu einem gesunden Leben zu beschaffen. Aber wenn man den Staaten die Macht läßt, gegen einander zu rüsten, dann werden sie es auch tun, und jeder wird — vielleicht sogar mit Recht — versichern, daß er in Selbstverteidigung gegen die vermeintlichen Angriffe der andern rüste. Wenn alle sich rüsten, werden alle fortwährend mehr und mehr für ihre Rüstungen ausgeben; denn jedes wird Angst haben, vom andern überholt zu werden. Das ist der verhängnisvolle Kreis, in dem wir uns im letzten Vierteljahrhundert bewegt haben.

Um den europäischen Frieden zu sichern, müssen die Völker Europas ihre Rüstungen und das Recht, über sie zu verfügen (für alles, was nicht die interne Aufrechterhaltung der Ordnung betrifft) einer internationalen Behörde übergeben. Diese Behörde muß entscheiden, was für Kräfte Europa als Ganzes nötig hat, um, immer als Ganzes gedacht, in dem immer noch möglichen Falle eines Krieges gegen nicht zum Bunde gehörenden Mächte vorzugehen. Sie müßte die Rüstungsauslagen je nach Vermögen, Bevölkerungszahl, Einkommen und geographischer Lage unter die verschiedenen Nationen verteilen. Und sie, und nur sie, müßte Verhandlungen mit außerhalb des Bundes

stehenden Mächten führen und offen führen. Alle Streitigkeiten, die zwischen Gliedern des Bundes entstünden, müßten durch richterlichen Entscheid geschlichtet werden. Und keine der dem Bunde zur Verfügung stehenden militärischen Kräfte dürfte von irgend einem Gliede des Bundes zum Angriff gegen einen anderen Bundesgenossen benutzt werden.

Durch die Gründung eines solchen europäischen Bundes würde das Problem der Abrüstung von selbst gelöst. Das, was das vereinigte Europa als Heeresstärke zu einer allfälligen Verteidigung für nötig erachtete, wäre ganz sicher viel weniger als die Summe der heutigen Rüstungen der einzelnen Staaten. Ungeheure Summen würden frei für die allgemeinen Zwecke der Zivilisation und besonders für jene kostspieligen sozialen Reformen, deren Verwirklichung allein einer Nation das Recht gibt, sich eine zivilisierte Nation zu nennen. Und wenn es jemand darauf ankommt, das Nebeneinkommen vom Gesichtspunkt der materiellen Vorteile aus anzusehen — und dieser Gesichtspunkt muß auch in Betracht gezogen werden — dann kann hervorgehoben werden, daß ohne allen Zweifel jede, aber auch jede Nation, die Eroberer wie die Eroberten, von der Abrüstung viel mehr Gewinn hätten, als von irgendwelchen Kriegsentschädigungen und Gebietsabtretungen, die doch nur Rüstungen aller Nationen mit dem Ausblick auf ein neues Verschleudern der Geldmittel in einem nächsten großen Krieg zur Folge hätten. Das ist die allereinfachste Binsenwahrheit.

Ein europäischer Staatenbund ist keine Utopie. Es ist eine durchaus praktische Sache.

Ein solcher Bund könnte freilich nicht sofort nach Beendigung des Krieges gebildet werden. Die öffentliche Meinung muß zuerst vorbereitet werden und, was nicht weniger wichtig ist, es müssen die Regierungssysteme der monarchischen Staaten so geändert werden, daß die Offenlichkeit Einblick in ihre Politik gewinnt; sonst könnte es geschehen, daß wir einen Bund bekämen, in dem ein autokratischer Kaiser den vorherrschenden Einfluß hätte. Aber beim Friedesschluß muß der künftige Bund im Auge behalten werden. Alles muß getan werden, um ihn zu fördern, und nichts, um ihn zu hindern. Und das größte Hindernis für den Bund wäre ein Friede, der entweder eine Rückkehr zu den Zuständen vor dem Krieg bedeutete — was freilich nicht sehr zu befürchten ist — oder ein Friede, durch den eine Macht oder eine Gruppe von Mächten die Vorherrschaft über die anderen erhielte. Denn das würde einen zukünftigen Krieg zur Rehabilitation des Besiegten bedeuten.

Darum muß die Stimmung, die in England anzuwachsen scheint, daß die Engländer Deutschland „bestrafen“ müßten, indem sie es als politische Macht vernichteten, und die Stimmung, die in Deutschland überhand zu nehmen scheint, daß es die Engländer als die großen Friedestörer vernichten müsse — darum müssen alle solchen Stimmungen mit aller Entschiedenheit bekämpft werden. Denn auf dieser

Grundlage kann kein dauernder Friede geschlossen werden. Der Militaris-mus muß nicht nur in Deutschland, sondern überall vernichtet werden. Eine Einschränkung der Rüstungen muß allgemein sein, nicht nur den Besiegten von den Siegern auferlegt, die selbst im Sinne haben, die volle Rüstung zu behalten. Die Anschauungen der Völker müssen ein für allemal an Stelle der Anschauungen der Regierungen treten und die Anschauungen der Völker bedeuten nicht „Herrschaft“ und darum auch nicht Krieg, sondern einen Verband von Nationen, die sich alle nach ihrer eigenen Art frei entwickeln können und die alle Zwistigkeiten durch Schiedsgerichte entscheiden lassen.

\* \* \*

Nun habe ich dem Leser so klar, als ich es auf beschränktem Raume kann, auseinandergesetzt, was ich für die tiefste Ursache des Krieges und was ich für das Heilmittel halte. In diesem Augenblick kann ich mich nur an die Engländer und Amerikaner wenden, denn auf dem Kontinent herrscht das Kriegsgesetz und alle Männer, Sozialist und Friedensfreund und alle anderen, sind an der Grenze. Aber die öffentliche Meinung, die den Umschwung bewirken soll, muß natürlich international sein. Und daß eine solch gewichtige Veränderung der öffentlichen Meinung in kurzer Zeit bewirkt und zum Ausdruck gebracht werden kann, sobald einmal die Arbeit dafür möglich ist, daran zweifle ich persönlich nicht. Die Betrachtungen, die ich dem Leser vor-gelegt habe, sind, wenn sie so einleuchtend und schwerwiegend sind, wie ich es meine, für jedermann, ungeachtet seiner Nationalität, ein-leuchtend und schwerwiegend. Dringend nötig ist nur, sie in der Weise klarzulegen, daß eine große Zahl einzelner Menschen von ihrer Wahr-heit durchdrungen werden.

Diese meine Arbeit ist nur ein Vorläufer von einer hoffentlich allgemeinen und eifrigen Werbearbeit. Aber das einzige Ziel und der einzige Zweck aller dieser Werbearbeit muß sein, eine stille, feste, unerschütterliche Überzeugung in Herz, Geist, Willen eines Menschen um den andern zu schaffen. In diesem Augenblick bin ich die Stimme, und mein Zuhörer ist der, der irgendwann und irgendwo meine Zeilen zu Gesicht bekommt. Meine Absicht ist nicht, ihn durch bloße Redekunst fortzureißen. Ich wende mich an seine Vernunft, seinen Ver-stand, sein Gewissen und sein Herz. Und ich fordere ihn auf, wer immer er sei, Handarbeiter, Kopfarbeiter, Geschäftsmann, Denker, einen Entschluß zu fassen, inmitten der furchtbaren und düsteren Flut der Ereignisse, die sich vor ihm abspielen.

Ich fordere ihn erstens einmal auf, sich darüber klar zu werden, was der Krieg ist. Wenn er selbst an der Grenze gewesen ist, weiß er es aus eigener Erfahrung. Dann möge er sich diese Erfahrung immer und immer wieder, ohne Unterlaß, vergegenwärtigen, bis sie in seine Seele eingebrennt ist. Wenn er nicht dort gewesen ist, möge

er versuchen, es sich nach den genauen Berichten über die Ereignisse, wie sie in den Zeitungen durchsickern, vorzustellen.

Dann, wenn Entsetzen seine Seele erfüllt, möge er sich fragen: „Warum dies alles?“ Und er möge sich nicht zufrieden geben mit Antworten wie „der Einbruch in Belgien“ und „das Machtverlangen Deutschlands“. Das mögen Gründe gewesen sein, die England zu diesem gegenwärtigen Krieg veranlaßt haben; aber sie sind nicht der Grund des Krieges. Der Krieg brach aus, weil die paar wenigen Männer, die über Polizei und Rüstungen zu befehlen haben, von der Regierungstheorie durchdrungen sind und sie angewendet haben und weil das gewöhnliche Volk, das in diesem Kriege zu Hunderttausenden gemordet und vernichtet wird, weder die Kenntnisse noch die Bildung von Herz und Seele, noch die Organisation besaß, um diese Männer zu leiten. Das müssen wir ändern und dazu müssen wir vor allen Dingen die Regierungstheorie in Misfredit bringen.

Sch habe mich bemüht, durch Beispiele aus diesem Krieg zu zeigen, wie die Gründe, die die Regierungstheorie anführt, im Lichte der Vernunft und des einfachen, anständigen, menschlichen Empfindens in sich zusammenfallen. Möge der Leser diese Methode auf jedes ihm in die Hände fallende Buch und jeden Zeitungsartikel anwenden, wo dieser Betrug aufrecht erhalten wird. Möge er sich jedesmal, wenn die Rede ist von Macht, Prestige, von Handelsplätzen, von Ausdehnung und wie die Schlagwörter alle heißen, fragen, was dies alles in Ausdrücken des täglichen Lebens der einzelnen Männer und Frauen bedeuten würde. Und wenn er gelegentlich unter dem, was die Regierung erstrebt, etwas findet, das ein wirklicher Vorteil für das wirkliche Volk zu bedeuten scheint, dann frage er sich: „Ist der Gedanke für einen anständigen Menschen erträglich, diesen Vorteil auf Kosten anderer Menschen durch den Krieg zu erwerben, so wie sich der Krieg mir jetzt aufs Neue offenbart hat?“

Wenn er in dieser Weise fortfährt, muß er, glaube ich, dazu kommen, mit mir darin übereinzustimmen, daß die Welt von Männern geleitet wird, die das Opfer einer Wahnsinnsvorstellung sind; ob es nun ein Mangel des Verstandes, des Herzens oder des Willens sei, der diese Wahnsinnsvorstellung hervorgerufen hat. Und wenn er dann so weit ist, dann möge er sich die weitere, einschneidende Frage stellen: „Wie kommt es, daß solche Männer, selbst Opfer von Wahnsinnsvorstellungen, Millionen und Millionen von Menschen haben in das allgemeine Morden hineinziehen können? Daß sie sie veranlassen konnten, ihre Arbeitskräfte an die Herstellung von Zerstörungswerkzeugen zu verschwenden? Daß sie sie konnten geistig und körperlich darben lassen, um Rüstungen aufzuhäufen und daß sie Kriege führen dürfen aus Gründen, die mit dem wirklichen Leben in keinem Zusammenhang stehen?“

Dann wird er zu dem Punkte gekommen sein, wo die Tat bei ihm einzusezen muß. Denn dann muß er sich mit allen Gleich-

gesinnten vereinigen, nicht nur mit den Gleichgesinnten in England und Amerika, sondern überall in der Welt, um diesen Zuständen mit allen und jeden Mitteln Einhalt zu gebieten. Denn er möge bedenken: die Macht der Regierenden liegt in der Macht der Zustimmung der Regierten, einer gewöhnlich rein stillschweigenden Zustimmung. Diese stillschweigende, passive Zustimmung muß ein Ende haben. Jetzt muß er ein aktiver Kämpfer für die Sache des Friedens werden.

G. L. Dickinson, übersetzt von Clara Nagaz.

## Wie der Andere es meint.<sup>1)</sup>

**W**ir Neutrale genießen in dieser Zeit große und unverdiente Vorrechte. Das größte derselben ist aber wohl dieses: daß wir nicht, um der einen Hälfte der Kultur menschheit unsere Wertschätzung bewahren zu können, an der anderen Hälfte zu verzweifeln brauchen.

Gewiß, auch wir ergreifen mehr oder weniger entschieden, nach der einen oder der anderen Seite, Partei. Man hat im Ausland gesagt, wir seien nicht für Deutschland und nicht für England, sondern für Holland, und man hat sicherlich geglaubt, uns damit eine Liebenswürdigkeit zu sagen. Zum Glück für die Ehre unseres Volkes verhält es sich nicht so. Wir sind nicht so tief gesunken, daß uns die Frage nach Recht und Unrecht gleichgültig lassen könnte, solange nur unsere eigenen Interesse aus dem Spiele bleiben. Und wir haben, jeder nach dem Maß seiner Einsichten und auch wohl nach der Richtung seiner Vorurteile, diese Frage in einer oder der anderen Weise beantwortet. Aber dennoch: welch ein Unterschied zwischen unserer Parteinahme und derjenigen innerhalb jeder der kriegführenden Parteien selbst! Die meisten von uns sehen wenigstens, daß die Sache zwei Seiten hat, wenn auch auf die eine Seite mehr Licht fällt als auf die andere; für die Angehörigen der kriegführenden Parteien dagegen scheint die Sache nur eine Seite zu haben. Jeder von ihnen ist davon überzeugt, daß seine Partei nicht nur ihr eigenes unbezweifelbares Recht, sondern zugleich die höchsten Güter der Menschheit verteidigt; wenn die anderen das nicht anerkennen, so kann daran, wie er glaubt, nur bewußte Un-

<sup>1)</sup> Dieser Aufsatz ist Nr. 2 der Flugschriften des holländischen Komites: "Der europäische Staatenbund", an dessen Spitze *Frederik van Eeden* steht. Der Verfasser ist Professor an der Universität Groningen. Wir haben uns erlaubt, den ursprünglichen Titel: "An die kriegführenden Völker" abzuändern, weil wir wünschen, daß der Aufsatz auch bei den "Neutralen", die sich ja auch in zwei Lager teilen, beherzigt werde. Um Nachdruck wird gebeten.